



Im Auftrag des



8. Statusbericht des Portals Buergerhaushalt.org

Juni 2015

Ein Kooperationsprojekt von:

Bundeszentrale für politische Bildung
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Impressum:

Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Inhaltlich verantwortlich:

Bundeszentrale für politische Bildung, Svetlana Alenitskaya
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Dr. Stefan Wilhelmy

Texte: Julian Ermert, Hannah Pützer, Michelle Ruesch, Zebralog GmbH & Co KG

Recherche: Anna Bönisch

Juni, 2015

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung von Mann und Frau gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Bei allen männlichen Bezeichnungen sind selbstverständlich dort, wo es sinnvoll ist, die Frauen gleichermaßen angesprochen (und umgekehrt).

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	4
2.	Entwicklung der Bürgerhaushalte in Deutschland: Eine Gesamtschau	7
3.	Der Blick ins Detail: Eigenschaften der Verfahren.....	11
3.1	Gegenstand.....	11
3.2	Input	12
3.3	Beteiligungsart.....	13
3.4	Beteiligungskanal.....	14
3.5	Rechenschaft	16

1. Einleitung

Die Landschaft der Bürgerhaushalte in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren sehr facettenreich entwickelt. Um die Entwicklungsprozesse in ihren Grundzügen abzubilden, veröffentlicht die **Bundeszentrale für politische Bildung** (BpB) zusammen mit der **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt** (SKEW) in der Engagement Global gGmbH jährlich den Statusbericht Bürgerhaushalte in Deutschland. In diesem Bericht, der nun in der 8. Auflage vorliegt, werden die Entwicklungen von Bürgerhaushalten in Deutschland detailliert dokumentiert und entlang von Statuskategorien erfasst. Bereits seit 2008 wird der Statusbericht Bürgerhaushalte auf buergerhaushalt.org veröffentlicht.

Mit zunehmender Etablierung und Individualisierung der Bürgerhaushaltsverfahren in Deutschland konnte auch die Analysestruktur des Statusberichtes verfeinert werden. Seit 2013 werden die recherchierten Bürgerhaushalte im Statusbericht nicht nur entlang von Statuskategorien (s. Seite 7), sondern auch entlang sogenannter Vergleichsdimensionen, wie etwa Beteiligungsart oder –kanal, erfasst. Auf diese Weise können unterschiedliche Bürgerhaushaltstypen differenziert und näher charakterisiert werden.

Der Statusbericht 2015 basiert auf einer umfassenden Recherche zu Kommunen, die zum Stichtag am 6. Februar 2015 in der Datenbank des Portals auf buergerhaushalt.org registriert waren. Im vorliegenden Statusbericht wurden **435** Kommunen erfasst, drei Kommunen mehr als im letzten Statusbericht. Wie auch in den vergangenen Jahren wurde ausschließlich mit Hilfe des Internets recherchiert. Die Datenbank von buergerhaushalt.org beinhaltet Informationen über alle Kommunen mit mehr als 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Informationen von kleineren Kommunen, die im Zuge der ständigen Berichterstattung über Bürgerhaushalte in die Datenbank aufgenommen wurden.¹ Diese Datenbank ist frei online verfügbar und sie kann per Open-Data-Schnittstelle auf buergerhaushalt.org heruntergeladen werden. Zudem wird sie ständig durch die laufende Berichterstattung der Redaktion von buergerhaushalt.org aktualisiert.²

Hinweis:

Wir freuen uns stets über Feedback und Input. Sollten Sie aktualisierte Informationen zum Bürgerhaushalt einer Kommune haben, teilen Sie uns diese gerne mit. Die Daten werden auf buergerhaushalt.org regelmäßig aktualisiert.

Die Erfassung und Gegenüberstellung der unterschiedlichen Bürgerhaushalte im Statusbericht erfolgt an Hand von einheitlichen Analysekatogorien, die in einem Codierschema im Vorfeld der Recherche zusammengefasst wurden. Eine wichtige Grundlage, insbesondere der Statuskategorien, ist die Definition von Bürgerhaushalten nach Carsten Herzberg et al.³ Er und seine Kolleginnen und Kollegen definieren einen Bürgerhaushalt nach den folgenden Kriterien:

- Finanzielle Aspekte stehen im Zentrum des Beteiligungsverfahrens.

¹ Darunter sind neben Kommunen auch Landkreise, Stadtbezirke, Bundesländer und der Bund erfasst.

² Die Open-Data-Schnittstelle ist unter folgendem Link zu finden www.buergerhaushalt.org/de/map.

³ Detaillierte Informationen zur Definition von Bürgerhaushalten nach Herzberg sind unter www.buergerhaushalt.org/de/article/geschichte-und-definition-von-b%C3%BCrgerhaushalten zu finden.

- Die Beteiligung findet auf gesamtstädtischer Ebene oder in einem Bezirk mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt.
- Das Verfahren findet regelmäßig und auf Dauer statt.
- Der Prozess basiert auf einem öffentlichen Diskurs, der über das Internet oder über Veranstaltungen vor Ort durchgeführt wird.⁴
- Die Verantwortlichen legen Rechenschaft über den Umgang mit den Ergebnissen des Verfahrens ab.

Die obigen definitorischen Eckpunkte lagen diesem und den vergangenen Statusberichten zugrunde. Fortgeführt wird die definitorische Grundlage in den Statuskategorien, anhand derer die Kommunen zugeordnet werden. In der folgenden Legende werden die einzelnen Statuskategorien detailliert dargestellt:

Statuskategorie	Erläuterungen
Diskussion (D)	Die Einführung eines Bürgerhaushaltes wird in der Kommune diskutiert. Der Bürgerhaushalt wird z. B. von einer Partei oder einer nicht-staatlichen Organisation eingefordert. Die Einführung ist oft umstritten. Ein Ratsbeschluss zur Einführung liegt nicht vor. Die neueste Forderung nach der Einführung eines Bürgerhaushalts ist nicht älter als zwei Jahre (max. 06.02.2013). Ist die neueste Forderung nach einem Bürgerhaushalt bereits älter als zwei Jahre, so gilt der Status K.
Beschluss (B)	Die Einführung eines Bürgerhaushaltes wurde durch den Rat, im besten Fall einstimmig, beschlossen. Ein Ratsbeschluss liegt vor.
Einführung (E)	Der Bürgerhaushalt wird zum ersten oder zweiten Mal durchgeführt. Die Öffentlichkeit wird nicht nur über den Haushalt informiert (z.B. durch eine Broschüre), sondern auch konsultiert: Sie hat die Möglichkeit, Verwaltungsvorschläge zu bewerten und/oder eigene Vorschläge einzubringen, zu diskutieren und zu bewerten. Darüber hinaus ist eine Rückmeldung darüber vorgesehen (Rechenschaft), ob und wie die Bürgervorschläge berücksichtigt wurden. Der Status E kann nur vergeben werden, sofern der letzte durchgeführte Bürgerhaushalt nicht länger als zwei Jahre (max. 06.02.2013) zurückliegt.
Fortführung (F)	Der Bürgerhaushalt wird zum dritten Mal oder häufiger durchgeführt. Es zeichnet sich (erst jetzt) ab, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein fester und dauerhafter Bestandteil des Haushaltsplanungsverfahrens werden könnte/wird. Der Status F kann nur vergeben werden, sofern der letzte durchgeführte Bürgerhaushalt nicht länger als zwei Jahre zurückliegt. Liegt der letzte Bürgerhaushalt mehr als zwei Jahre zurück, ist der Status A zu codieren.
Vorform (V)	Das derzeit durch die Kommune durchgeführte Verfahren zur Bürgerbeteiligung am Haushalt entspricht noch nicht einem vollwertigen Bürgerhaushalt. Dazu bedarf es insbesondere erweiterter Interaktionsformen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und/oder Politikerinnen und Politikern. Diese könnten bspw. in Form einer Online-Beteiligungsplattform oder in Form von Bürgerversammlungen eröffnet werden. Konstitutiv für einen Bürgerhaushalt ist die Möglichkeit eines öffentlichen Diskurses über den Haushalt. Besteht hingegen nur die Möglichkeit via E-Mail oder mit Hilfe von Online-Formularen Vorschläge für den kommunalen Haushalt an die Verwaltung zu schicken, so ist der Status V anzuwenden. Beteiligungsverfahren mit dem Status V bieten keine interaktiven Diskussionsmöglichkeiten über den Haushalt. Zur Beteiligung in Form von Rückmeldungen (s.o.) wird jedoch explizit und sichtbar von der Kommune aufgerufen. Der Status V wird an Kommunen vergeben, die die von ihnen durchgeführte Bürgerbeteiligung am Haushalt als „Bürgerhaushalt“ bezeichnen (auch wenn dieser de facto noch keiner ist).
Abstellgleis (A)	Der Bürgerhaushalt oder Vorformen, wie z. B. Bürgerinformationsveranstaltungen, werden nicht mehr durchgeführt. Die Einführung oder Fortführung des Bürgerhaushaltes wurde abgebrochen oder war nicht vorgesehen. Der letzte Bürgerhaushalt oder eine Vorform liegen mehr als zwei Jahre zurück. Ggf. gibt es zur Einstellung des

⁴ Insbesondere für die Recherche des Statusberichts ist diese Bedingung die wesentliche Grundlage zur Abgrenzung zwischen Bürgerhaushalt und Vorformen.

	Bürgerhaushalte eine offizielle Stellungnahme der Stadtverwaltung. Ein Bürgerhaushalt steht in absehbarer Zeit nicht an und wird nicht diskutiert.
Kein Status (K)	Keiner der übrigen Status trifft für die Kommune zu. Der Status K wird insbesondere vergeben, wenn die Kommune keine didaktisch aufbereiteten Haushaltsinformationen bereitstellt. Beschränkt sich die Kommune auf die Bereitstellung unkommentierter Haushaltsdokumente (z.B. Haushaltsplan), ist mithin der Status „K“ anzuwenden.

Zur besseren Einordnung der Datengrundlage des vorliegenden Statusberichtes wurden in der folgenden Tabelle die wichtigsten Kennzahlen des aktuellen Statusberichtes auf einen Blick zusammengefasst:

2015	
Gesamtzahl der recherchierten Kommunen, Landkreise und Bezirke⁵	435
Gesamtzahl der erfassten Bürgerhaushaltsverfahren (Status E und F)	71
Gesamtzahl der erfassten Verfahren (Status E und F), die im Jahr 2014 bis Februar 2015 (Statusbericht 2015) durchgeführt wurden.	53
Art der erfassten Kommunen	Alle Kommunen mit mindestens 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern + wenige Kommunen mit weniger als 40.000 Einwohnern.
Rechercheart	Internetrecherche (ausschließlich)

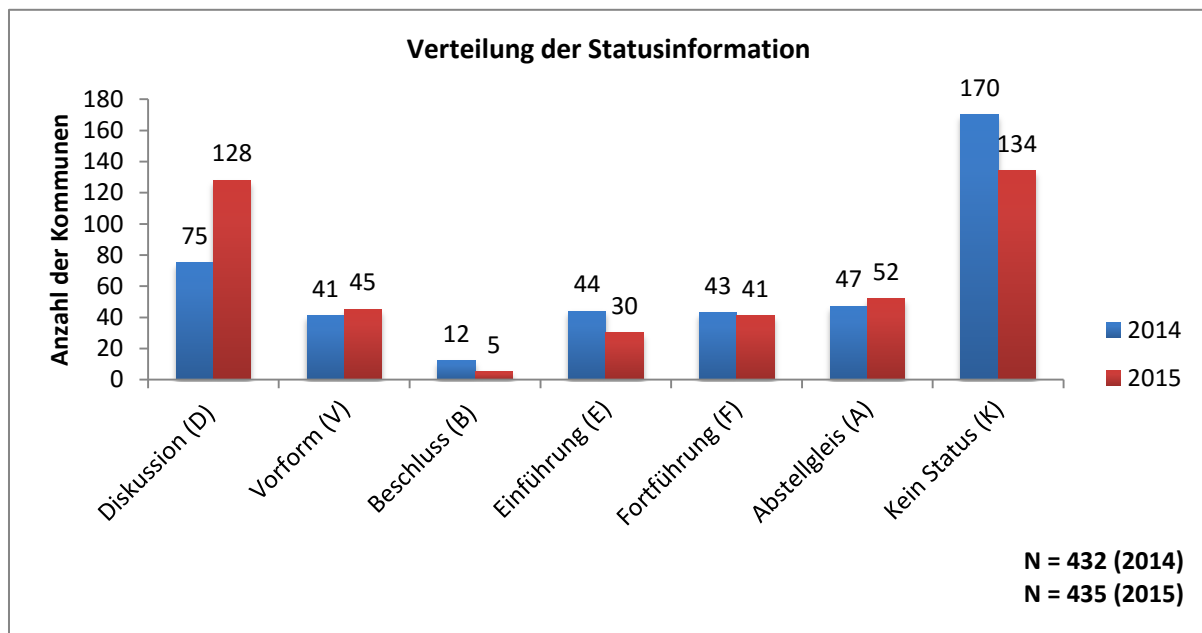
Der Statusbericht besteht aus zwei Bereichen: Der **erste Bereich** gibt einen Überblick über die Verteilung der Bürgerhaushalte auf die einzelnen Statuskategorien im Vergleich zu den Daten des Statusberichtes aus dem Vorjahr (S. 7 bis 10). Im **zweiten Bereich** folgt die detaillierte Beschreibung der Bürgerhaushalte mit dem Status *Einführung (E)* und *Fortführung (F)* nach den unterschiedlichen Vergleichsdimensionen (S. 11 bis 17). Je nach Auffälligkeit der Ausprägung werden an dieser Stelle prozentuale Vergleiche zum Statusbericht 2014 gezogen.

⁵ Die Liste aller im Statusbericht erfassten Kommunen finden Sie im Anhang (S. 20 bis 23) dieses Statusberichtes.

2. Entwicklung der Bürgerhaushalte in Deutschland: Eine Gesamtschau

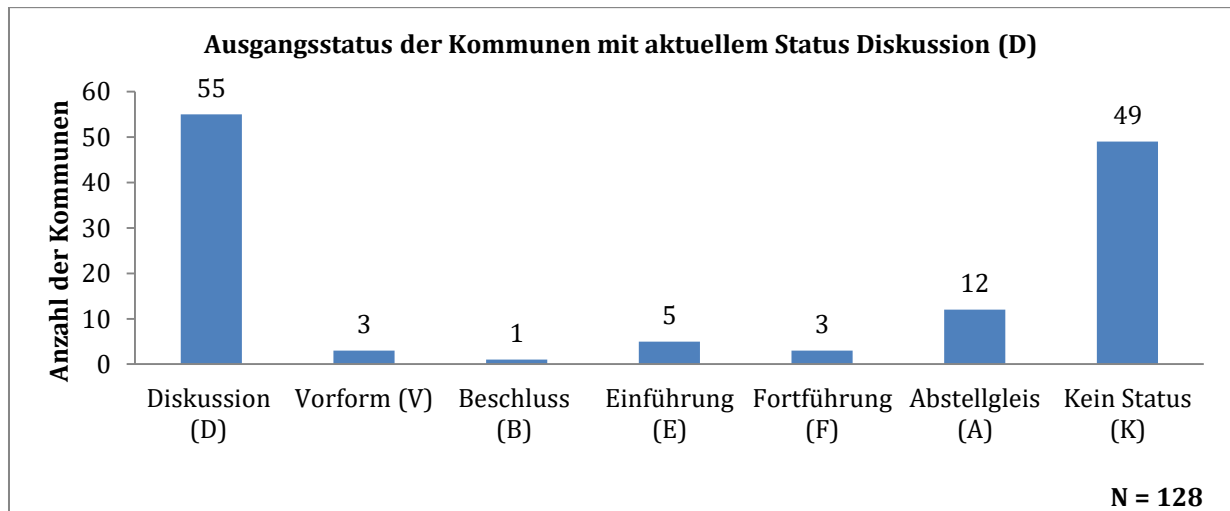
Das folgende Diagramm gibt einen allgemeinen Überblick über die Klassifizierung der Bürgerhaushalte in Deutschland nach den verschiedenen Statuskategorien. Interessant ist hierbei unter anderem die Darstellung im Vergleich zum Statusbericht des Vorjahres, in dem erstmalig auf den Status *Information (I)* verzichtet wurde. Im vergangenen Jahr, wie auch in dem vorliegenden Statusbericht, wurde auf die Fortführung der Erfassung des Status *Information (I)* verzichtet, weil keine hinreichende Abgrenzung zum Status *Diskussion (D)* mehr gewährleistet werden konnte. Im Zuge einer darauf reagierenden Präzisierung des Codierschemas wurde die Kategorie *Information (I)* nicht weiter erfasst.

Hier dargestellt ist die Gegenüberstellung der Statusinformationen der 435 recherchierten Kommunen, Landkreise und Bezirke (Stand Februar 2015) im Jahr 2015 mit den 432 recherchierten Bürgerhaushalten aus dem Jahr 2014 (Stand Februar 2014).



Statuskategorie	Statusbericht 2014	Statusbericht 2015	Veränderung
Diskussion (D)	75	128	+53
Beschluss (B)	12	5	-7
Vorform (V)	41	45	+4
Einführung (E)	44	30	-14
Fortführung (F)	43	41	-2
Abstellgleis (A)	47	52	+5
Kein Status (K)	170	134	-36
Insgesamt	432	435	+3

Die Gegenüberstellung der Daten aus den Jahren 2014 und 2015 zeigt die Entwicklung der Verteilung auf die einzelnen Statuskategorien. Die größte Veränderung ist beim Status *Diskussion (D)* zu beobachten. 53 Kommunen mehr als im vergangenen Statusbericht diskutieren aktuell die Einführung eines Bürgerhaushaltes. Um diese Entwicklung genauer zu analysieren, wurden im unten stehenden Diagramm die aktuell mit dem Status *Diskussion (D)* erfassten Kommunen entlang ihres alten Status aufgeschlüsselt. Dadurch wird ersichtlich, dass viele Kommunen, die im letzten Jahr keinem Status zugeordnet wurden, nun in die Kategorie *D* gewechselt sind. Dies ist unter anderem mit größeren Diskussionen über Bürgerhaushalte im Rahmen von Wahlprogrammen im Frühjahr des Jahres 2014 zu erklären.



Insgesamt 71 der erfassten 435 Kommunen, Landkreise und Bezirke haben im vergangenen Jahr entweder einen Bürgerhaushalt eingeführt (*Einführung (E)*) oder beteiligten ihre Bürgerinnen und Bürger zum wiederholten Male an der Aufstellung des kommunalen Haushalts (*Fortführung (F)*). Die gemeinsame Betrachtung der drei Statuskategorien *V*, *E*, und *F* macht deutlich, dass insgesamt 116 Kommunen bereits einen Bürgerhaushalt durchgeführten haben oder sich in der konkreten Planung befinden bzw. die über Verfahren verfügen, welche erste Grundzüge eines vollwertigen Bürgerhaushaltes aufweisen.

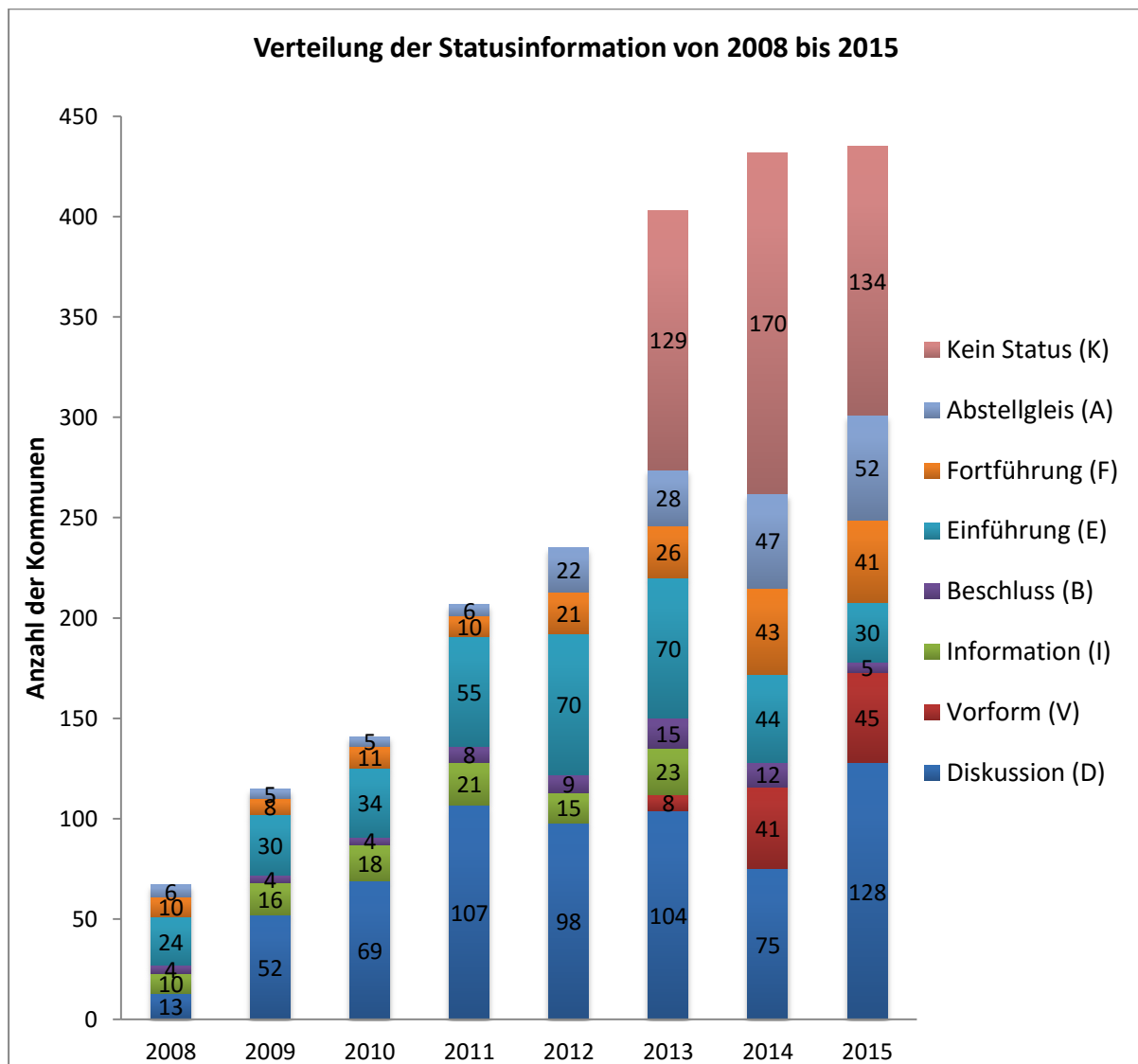
Fünf Kommunen haben die Einführung eines Bürgerhaushalts beschlossen (Status *Beschluss (B)*). Im letzten Statusbericht lag in zwölf Kommunen ein Ratsbeschluss vor. Die Anzahl der Kommunen, die die Durchführung eines Bürgerhaushalts aufgegeben haben, hat sich von 47 im Vorjahr auf aktuell 52 Kommunen erhöht (Status *Abstellgleis (A)*).

Deutlich gesunken ist die Anzahl der Kommunen, deren Haushalte sich keinem Status zuordnen ließen (*kein Status (K)*). 36 Kommunen weniger als in 2014 verblieben in diesem Jahr ohne Status. Wie bereits zuvor angedeutet, ist dieser Rückgang an die starke Zunahme in der Statuskategorie *Diskussion (D)* gekoppelt.

Die Gegenüberstellung der Daten von 2014 mit denen des aktuellen Statusberichts zeigt, wie auch im vorangehenden Statusbericht, eine sich stetig entwickelnde Landschaft der Bürgerhaushalte in Deutschland. Der starke Zuwachs der Kommunen in denen über die Beteiligung der Bürgerschaft am kommunalen Haushalt diskutiert wird (Status *Diskussion (D)*)

verdeutlicht, dass bei einer wachsenden Zahl von Parteien oder nicht-staatlichen Organisationen ein Bürgerhaushalt auf der kommunalen Agenda steht. Nahezu unverändert viele Kommunen führen ihren Bürgerhaushalt bereits in dritter oder höherer Auflage durch (Status *Fortführung (F)*), während in weniger Kommunen als im Vorjahr die *Einführung* eines Bürgerhaushaltes ansteht.

Das folgende Diagramm zeigt die Verteilung der Statusinformationen seit 2008. Es gibt einen Überblick über die längerfristige Entwicklung der Bürgerhaushalte in Deutschland.



Auf den ersten Blick wird deutlich, dass die Anzahl der erfassten Kommunen in diesem Jahr mit der Zahl des vergangenen Jahres beinahe identisch ist (Dies ist nicht überraschend, da bereits für den siebten Statusbericht alle Kommunen mit mindestens 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern recherchiert wurden und damit in der Datenbank bereits vorhanden waren). Die deutliche Zunahme vom Jahr 2012 auf 2013 ist dementsprechend durch die zusätzliche Recherche aller Kommunen mit mehr als 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu erklären.

Der obige Zeitvergleich bestätigt zudem den Trend, dass die Zahl der Bürgerhaushalte auf dem *Abstellgleis (A)* leicht wächst. Die in den vergangenen Jahren steigende Zahl der Kommunen mit

Bürgerhaushalten mit dem Status *Fortführung* (F) ist in diesem Jahr rückläufig. Erstmals traf diese Kategorie auf weniger Bürgerhaushalte als in den vergangenen Jahren zu. Das Diagramm zeigt zudem deutlich, dass in diesem Jahr in besonders vielen Kommunen die Einführung eines Bürgerhaushalts zur Diskussion stand (Status *Diskussion* (D)).

3. Der Blick ins Detail: Eigenschaften der Verfahren

Seit dem Jahr 2013 gibt der jährliche Statusbericht detaillierte Auskunft über verschiedene Vergleichsdimensionen, die einen tieferen Einblick in die Bürgerhaushalte jenseits der Statuskategorien geben sollen. Mit Hilfe einer solchen Differenzierung lassen sich die Bürgerhaushalte in Deutschland noch spezifischer vergleichen. Zudem ist es auf diese Weise möglich, Besonderheiten und Veränderungen seit 2013 aufzuzeigen. Die Vergleichsdimensionen nehmen dabei den *Gegenstand* der Verfahren, die Art des *Inputs*, die *Beteiligungsart* und den *Beteiligungskanal* sowie der Form der *Rechenschaft* näher in den Blick.

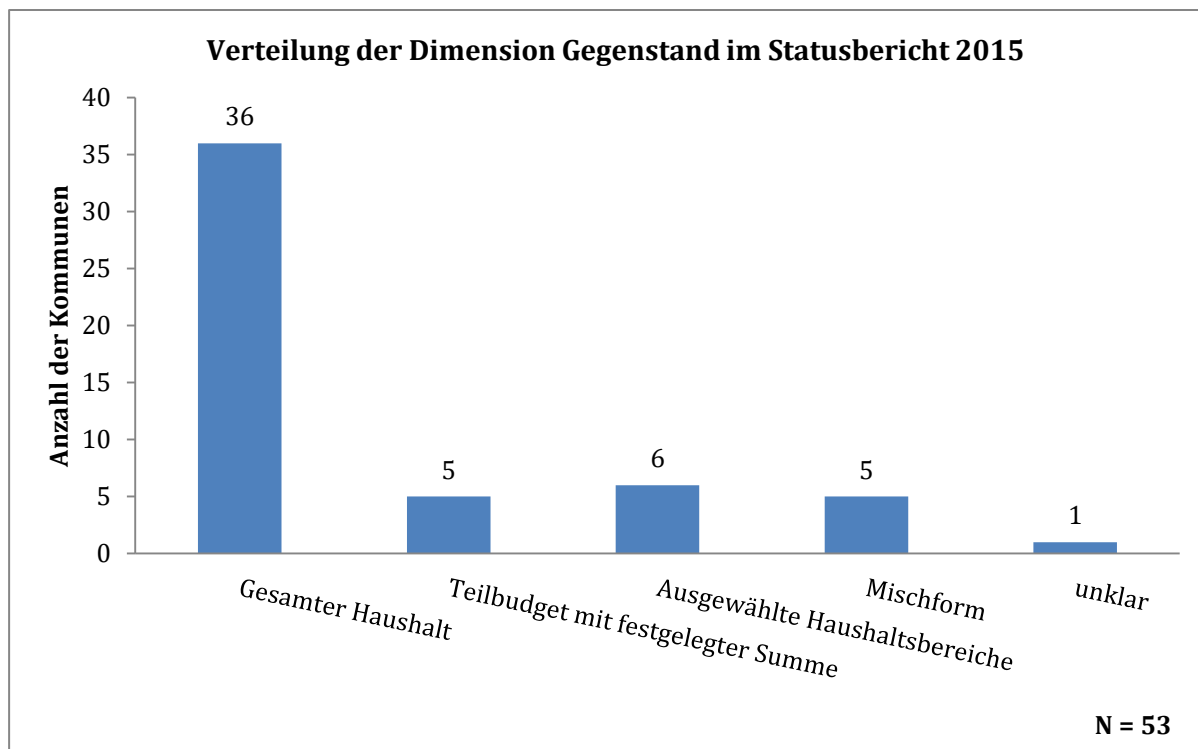
Die Gegenüberstellung nach den einzelnen Vergleichsdimensionen erfolgt für eine ausgewählte Gruppe von Bürgerhaushalten. Berücksichtigt werden nur Bürgerhaushalte mit dem Status *E* und *F*, die im Jahr 2014 oder 2015 (bis Anfang Februar, dem Zeitpunkt der Erstellung des Statusberichts) durchgeführt werden. Ausgeschlossen werden somit Doppelhaushalte, deren Verfahren im Jahr 2014 durchgeführt wurden, die jedoch für den Haushalt 2013/2014 gültig sind und somit bereits im letzten Jahr analysiert wurden. Folglich sind aktuelle Doppelhaushalte für 2014/2015 Teil dieser Statistik. Insgesamt **53** Bürgerhaushalte fanden Eingang in die Vergleichsdimensionen.⁶

3.1 Gegenstand

In der Vergleichsdimension **Gegenstand** wird untersucht, über welche Bereiche Bürgerinnen und Bürger im Haushalt mitentscheiden können. Zu der Kategorie *Gesamter Haushalt* zählen solche Kommunen, in denen Bürgerinnen und Bürger Input zu allen Haushaltsbereichen liefern können. Im Unterschied dazu ist dies bei Kommunen mit *ausgewählten Haushaltsbereichen* nur für spezifische Bereiche, wie beispielsweise für Wohnen, Kultur oder Jugend möglich. Unter die Kategorie *Teilbudget mit festgelegter Summe* fallen solche Bürgerhaushalte, in denen über die Verwendung eines festgelegten Budgets, zum Beispiel 100.000 Euro diskutiert wird. In Bürgerhaushalten mit einer *Mischform* werden Elemente der Kategorien gesamter Haushalt, Teilbudget mit festgelegter Summe und ausgewählte Haushaltsbereiche miteinander kombiniert. So lässt sich hier beispielsweise die Möglichkeit, Vorschläge zum gesamten Haushalt abzugeben, mit der Diskussion und Entscheidung über die Verwendung eines festgelegten Budgets kombinieren.⁷

⁶ Der Vergleich zu den Zahlen des Vorjahres ist aufgrund der unterschiedlichen Grundgesamtheit der untersuchten Verfahren nicht in absoluten Zahlen, sondern prozentual dargestellt. Im Jahr 2013 wurden 72 Verfahren mit dem Status *E* bzw. *F* kategorisiert; im aktuellen Statusbericht zum Jahr 2014 sind es 53 Bürgerhaushalte.

⁷ Eine detaillierte Aufschlüsselung der einzelnen Kategorien befindet sich im Anhang des Berichtes auf Seite 18. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde auf eine tiefergehende Spezifikation der einzelnen Kategorien an dieser Stelle verzichtet.

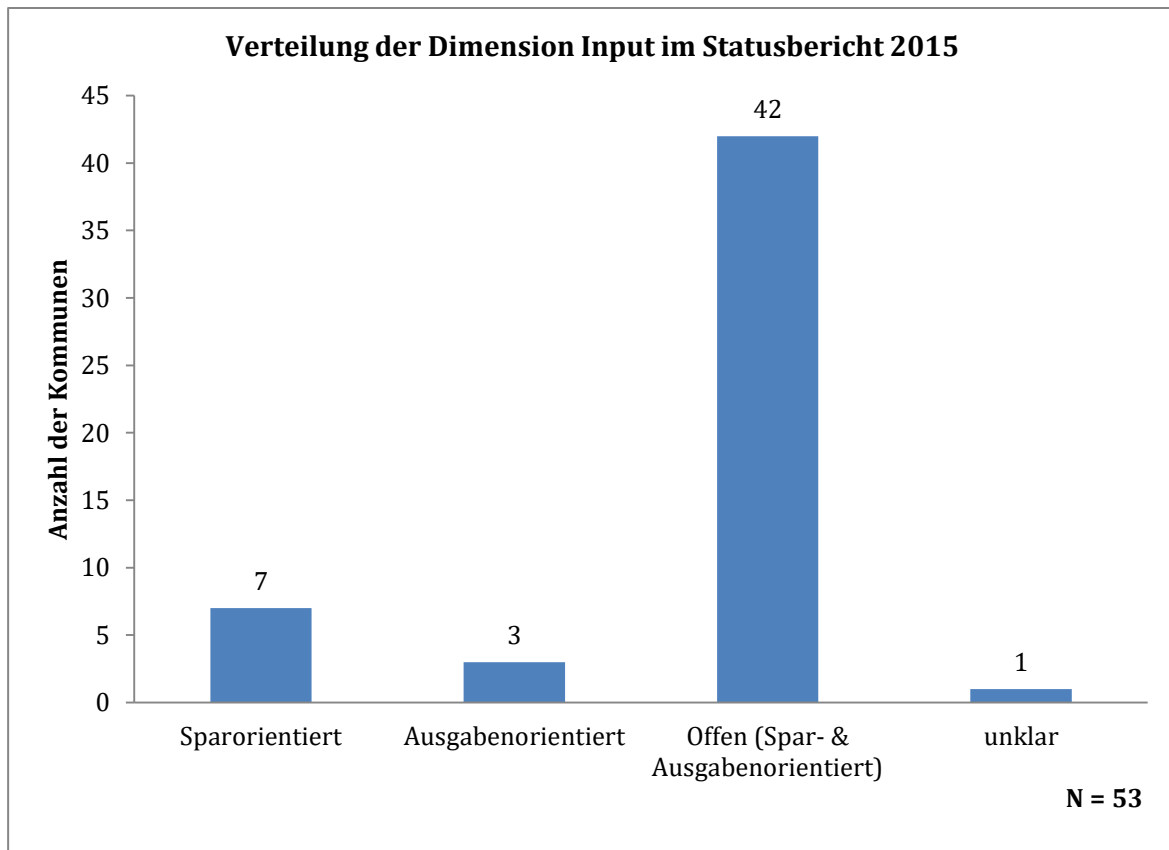


Wie auch im letzten Statusbericht zeigt sich in der Dimension **Gegenstand** eine klare Tendenz zu Bürgerhaushalten, in denen der *gesamte Haushalt* zur Diskussion steht.⁸ Noch deutlicher als im Jahr 2013, als 58 Prozent der Bürgerhaushalte den gesamten Haushalt betrafen, wurden im Jahr 2014 in 68 Prozent der Bürgerhaushalte mit Status *E* und *F* der gesamte Haushalt (36 Kommunen) diskutiert. Die Verteilung der Verfahren mit ausgewählten Haushaltsbereichen, Teilbudgets mit fester Summe und Mischformen verändert sich im Vergleich zum vergangenen Jahr unwesentlich.

3.2 Input

In der Vergleichsdimension **Input** wird die Zielorientierung des Bürgerhaushalts untersucht. Bürgerhaushalte unterscheiden sich nach der Art der möglichen Vorschläge aus der Bürgerschaft. Dies können Vorschläge für Sparmaßnahmen bzw. zur Verbesserung der kommunalen Einnahmesituation sein (*sparorientiert*) oder solche, die vorwiegend Anregungen und Ideen für Investitionen beinhalten (*ausgabenorientiert*). Des Weiteren gibt es die Möglichkeit, in einem kommunalen Bürgerhaushalt sowohl Investitions- als auch Sparvorschlägen zu sammeln (*offen*).

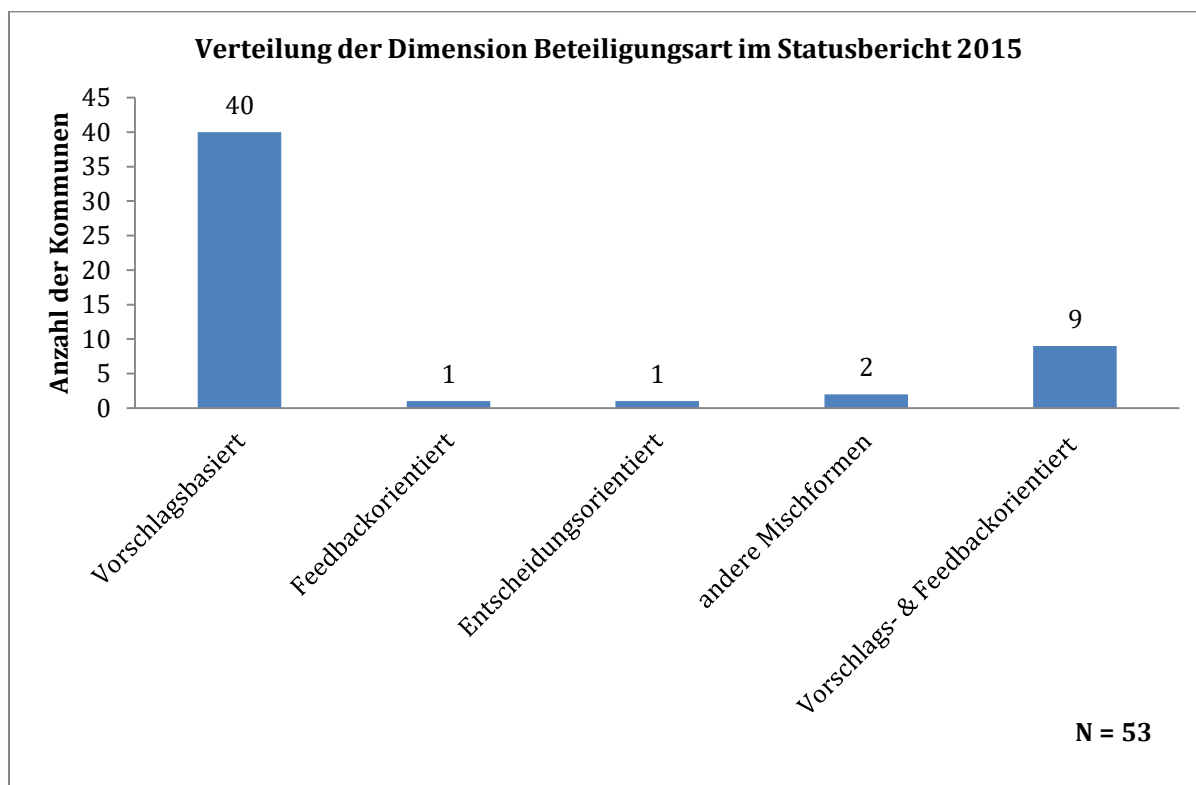
⁸ Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass aus rechtlichen Gründen viele Haushaltsbereiche nicht durch den Bürgerhaushalt beeinflussbar sind, z. B. Personalkosten.



In dieser Vergleichsdimension ergibt sich ein deutlicher Schwerpunkt: 79 Prozent (42 Bürgerhaushalte) der Bürgerhaushaltsverfahren sind sowohl für Spar- als auch für Ausgabenvorschläge offen. Diese Tendenz zeigte sich bereits im letzten Statusbericht, hier fielen 69 Prozent der Verfahren in diese Kategorie.

3.3 Beteiligungsart

Die Vergleichsdimension **Beteiligungsart** beschreibt die Art und Weise, in der Bürgerinnen und Bürger Input zum kommunalen Haushalt liefern können. *Vorschlagsbasierte* Haushalte beruhen demnach ausschließlich auf Vorschlägen aus der Bürgerschaft und sind zudem für Kommentare und/oder Bewertungen geöffnet. Die eigentliche Entscheidung über einen Vorschlag wird vom Stadtrat getroffen. Bei *feedbackorientierten* Verfahren diskutieren und bewerten Bürgerinnen und Bürger Vorschläge der Stadtverwaltung, eigene Vorschläge können sie dagegen nicht einbringen. Vor diesem Hintergrund können Bürgerinnen und Bürger auch Feedback zu bestimmten kommunalen Aufgabenfeldern abgeben, die sie als besonders wichtig erachten und so zu einer Priorisierung beitragen. In Kombination bilden diese beiden Beteiligungsarten die Kategorie der *vorschlags- und feedbackorientierten* Haushalte. In *entscheidungsorientierten* Haushalten haben Bürgerinnen und Bürger tatsächliche Entscheidungsbefugnisse über den kommunalen Haushalt oder einzelne Bereiche. Der Stadtrat fungiert in diesem Fall als formaler Entscheidungsträger über die von der Bürgerschaft gefällten Entscheidungen und hat sich verpflichtet, die Verwaltung mit der Umsetzung zu beauftragen. *Andere Mischformen* von Bürgerhaushalten kombinieren Elemente aus vorschlagsbasierten, feedback- oder entscheidungsorientierten Verfahren.

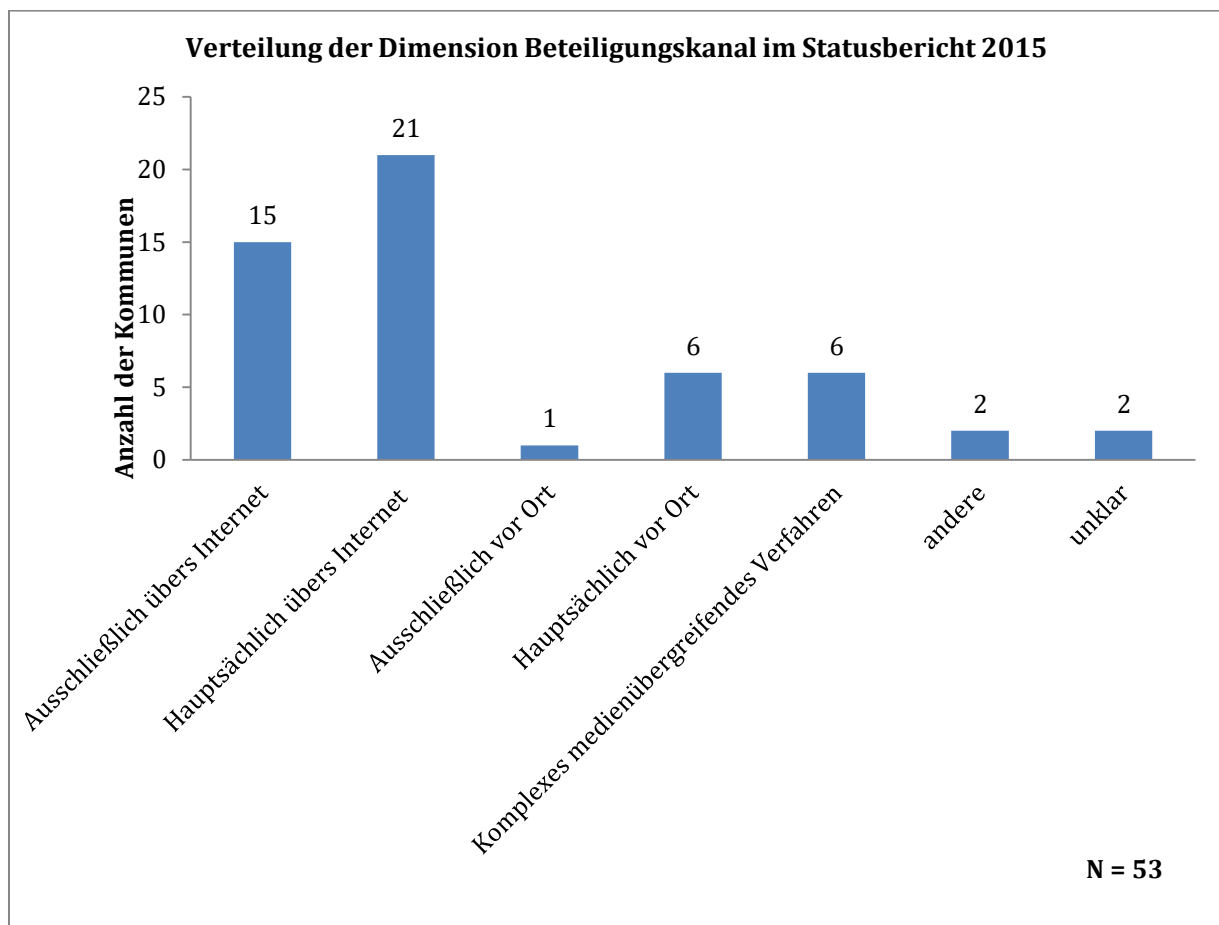


Zum wiederholten Mal bestätigt sich in der Vergleichsdimension **Beteiligungsart** die Tendenz des vergangenen Statusberichts: Der prozentuale Anteil der *vorschlagsbasierten* Bürgerhaushalte steigt von 54 auf 75 Prozent an (40 Bürgerhaushaltsverfahren im aktuellen Statusbericht). Ein Rückgang ist bei *vorschlags- und feedbackorientierten* Bürgerhaushalten zu erkennen: Nur noch 17 Prozent der Bürgerhaushalte (9) fallen in diese Kategorie während im vergangenen Statusbericht noch bei 32 Prozent der Bürgerhaushalte die Beteiligung auf diese Art stattfand. Einen rein *feedbackorientierten* Bürgerhaushalt hat in Deutschland in diesem Jahr nur die Stadt Chemnitz. Der Haushalt in Eberswalde ist der einzige *entscheidungsorientierte*. Kein Bürgerhaushalt wurde in diesem Jahr in die Gruppe *unklar* eingeordnet. Im vergangenen Statusbericht fielen noch drei Verfahren in diese Kategorie.

3.4 Beteiligungskanal

In dieser Vergleichsdimension wird erfasst, welche Kanäle Bürgerinnen und Bürger nutzen können, um sich am Bürgerhaushalt zu beteiligen. Die größte Differenz besteht bei den Beteiligungskanälen vor Ort und im Internet. Genauer wird hier zwischen den Bürgerhaushalten unterschieden, bei denen die Beteiligung *ausschließlich übers Internet* stattfindet und denen wo *hauptsächlich übers Internet* abgestimmt und diskutiert wird. In diesem Fall ist das Internet zwar der Hauptkanal, zusätzlich gibt es jedoch die Möglichkeit, an Veranstaltungen vor Ort teilzunehmen und/oder Vorschläge über andere Wege (per Post, Telefon, persönlich etc.) einzureichen. Darüber hinaus gibt es Bürgerhaushalte, bei denen die Beteiligung *ausschließlich vor Ort* stattfindet, bei denen es also keine Möglichkeiten gibt, online Vorschläge und Kommentare abzugeben. Bei Bürgerhaushalten die *hauptsächlich vor Ort* durchgeführt werden, sind die Teilnehmer zwar

aufgefordert persönlich an Veranstaltungen teilzunehmen und/oder ihren Input per Post, telefonisch per SMS oder Fax zu kommunizieren, ergänzend gibt es bei diesen Verfahren jedoch die Möglichkeit, Vorschläge per E-Mail einzureichen. Eine Online-Beteiligungsplattform gibt es in diesem Fall nicht. Die Kategorie der Bürgerhaushalte mit *komplexem medienübergreifenden Verfahren* trifft auf die Verfahren zu, bei denen eine Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebkanal der Beteiligung nicht möglich ist. Eine Teilnahme ist sowohl online über das Internet als auch über andere miteinander verknüpfte Kanäle sowie vor Ort möglich. Die Kategorie *andere* betrifft solche Verfahren, bei denen Haupt- und Nebkanal nicht identifizierbar sind und eine erkennbare Vernetzung der genutzten Kanäle fehlt. Dies trifft häufig auf Bürgerhaushalte zu, die sich noch in der Entwicklung befinden.



In der Vergleichsdimension **Beteiligungskanal** weisen die Daten des aktuellen Statusberichts eine große Ähnlichkeit mit denen des vorangehenden Jahr auf. Das Internet hat sich mittlerweile als prominentester Beteiligungskanal etabliert. Bei der Verteilung der Bürgerhaushalte auf die verschiedenen Kanäle bleibt es dabei, dass Bürgerhaushalte *hauptsächlich übers Internet* durchgeführt werden und durch Veranstaltungen vor Ort unterstützt werden. 40 Prozent der Kommunen (21 Stück) wählten diesen Kanal in diesem Jahr. Im vergangenen Jahr waren es 42 Prozent. Es bleibt auch bei der zweitbeliebtesten Variante, bei der die Beteiligung *ausschließlich übers Internet* stattfand (28 Prozent oder 15 Bürgerhaushalte in 2014/15; 32 Prozent in 2013/14).

Eine deutliche Minderheit der Kommunen wählte Vor-Ort-Formate als Hauptkanäle für ihre Bürgerhaushalte aus. Sechs Kommunen führten ihre Bürgerhaushalte *hauptsächlich über* Veranstaltungen *vor Ort* durch und nutzten das Internet lediglich unterstützend. Einzig die

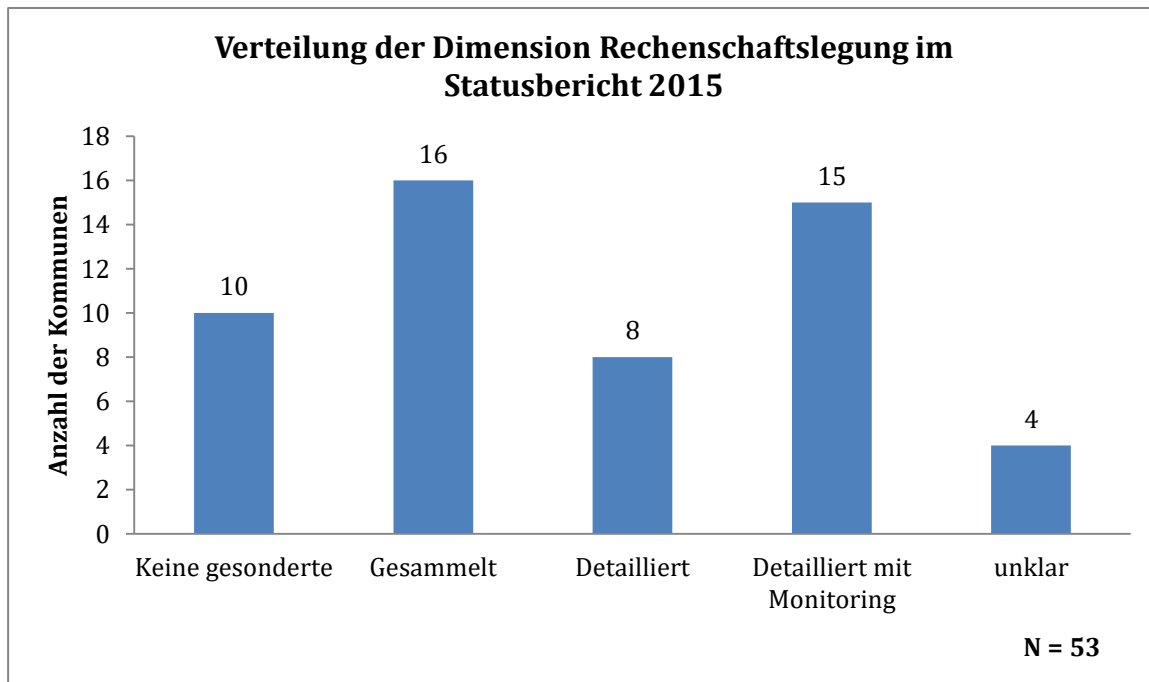
Kommune Hohen Neuendorf schloss die Online-Beteiligung vollständig aus und nutzte ausschließlich Vor-Ort-Veranstaltungen.

Genau wie im vergangenen Statusbericht fand in sechs Kommunen ein *komplexes medienübergreifendes Verfahren* statt, bei dem online und Vor-Ort-Formen der Beteiligung eng miteinander verzahnt wurden und eine klare Unterscheidung eines Haupt- und Nebenkanals dadurch nicht möglich ist. Bei zwei Kommunen wurden zwar online und Vor-Ort-Formen der Beteiligung genutzt, eine Integration der beiden Elemente war jedoch nicht erkennbar, weshalb sie mit der Kategorie *unklar* erfasst wurden.

3.5 Rechenschaft

In der Vergleichsdimension **Rechenschaft** geht es um die Frage, wie Kommunen mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung umgehen und ob sie die Umsetzung von Vorschlägen (bzw. die Entscheidung dafür oder dagegen) transparent kommunizieren.

Bei Kommunen, in denen *keine gesonderte* Rechenschaftslegung stattfindet, erfolgt die Kommunikation über die Ergebnisse des Bürgerhaushalts wenn überhaupt nur im Zusammenhang mit der Rechenschaftslegung zum regulären kommunalen Haushalten. Kommunen mit *gesamelter* Rechenschaftslegung halten ihr Vorgehen in einem Dokument zusammen mit den Ratsbeschlüssen und Verwaltungsempfehlungen zu den (bestbewerteten) Vorschlägen fest. Der Link zu diesem Dokument ist entweder auf der Online-Plattform selbst oder dort unter einzelnen Vorschlägen zu finden. Bei einer *detaillierten Rechenschaftslegung* erfolgt die Rechenschaftslegung ganz konkret für einzelne Vorschläge. Bei dieser Art von Bürgerhaushalten finden sich auf der Online-Beteiligungsplattform auch Stellungnahmen oder Empfehlungen des Stadtrates oder der Verwaltung für die jeweiligen Vorschläge. Eine Steigerung der Transparenz ist in solchen Kommunen gegeben, in denen eine *detaillierte Rechenschaftslegung mit Monitoring* der Umsetzung stattfindet. Auf der Beteiligungsplattform sind in diesem Fall zusätzlich zur detaillierten Rechenschaftslegung regelmäßig aktualisierte Informationen zum Stand der Umsetzung einzelner Vorschläge abrufbar.



In der Vergleichsdimension **Rechenschaftslegung** zeigt sich gegenüber dem letzten Statusbericht eine deutliche Entwicklung hin zu einer umfassenderen und transparenteren Berichterstattung über Ergebnisse der Bürgerbeteiligung. 30 Prozent der Kommunen (16 Stück) berichteten im Jahr 2014/15 in einer *gesammelten* Rechenschaftslegung, im Jahr 2013/14 waren dies nur 25 Prozent. Besonders auffallend ist der starke Zuwachs der Kommunen mit *detaillierter Rechenschaftslegung inklusive Monitoring*. 28 Prozent der erfassten Kommunen (15 Stück) entschieden sich im Jahr 2014/15 für diese umfassende Form der Rechenschaftslegung. Im Jahr davor waren es nur 15 Prozent. Analog dazu ist die Anzahl der Kommunen, die *keine gesonderte* Rechenschaft ablegen, im aktuellen Berichtszeitraum um zwölf Prozentpunkte gesunken (31 Prozent in 2013/14; 19 Prozent oder zehn Kommunen in 2014/15). Eine mögliche Erklärung ist die zunehmende Forderung der Öffentlichkeit nach mehr Transparenz.

Anhang

A.1 Detaillierte Beschreibung der einzelnen Ausprägungen der Vergleichsdimensionen

Vergleichsdimension Gegenstand	Erläuterungen
Gesamter Haushalt	Es ist keine Eingrenzung des Bürgerhaushaltes auf nur einen Teil des kommunalen Haushaltes ersichtlich. Der Bürgerhaushalt bezieht sich damit auf den gesamten Haushalt. Bürgerinnen und Bürger können direkt (ausgewiesener Haushaltsposten) oder indirekt (über eine Sonstiges-Kategorie) zu jedem Bereich des Haushaltes Vorschläge einbringen.
Teilbudget mit fester Summe	Der Bürgerhaushalt beschränkt sich auf eine feste Summe (bspw. 100.000 Euro). Der Bürgerhaushalt bezieht sich damit nur auf ein Teilbudget des gesamten kommunalen Haushaltes.
Ausgewählte Haushaltsbereiche	Der Bürgerhaushalt beschränkt sich auf ausgewählte Haushaltsbereiche (z.B. Arbeit, Wohnen, Bildung).
Mischform	Jegliche Mischform aus „Gesamter Haushalt“, „Teilbudget mit fester Summe“ und „Ausgewählte Haushaltsbereiche“. Mögliche Mischformen sind z.B. „Gesamter Haushalt und Teilbudget mit fester Summe“, wenn sich ein Bürgerhaushalt grundsätzlich auf den gesamten Haushalt bezieht, aber zusätzlich ein gesondertes Teilbudget (z. B. Stadtteifonds) beinhaltet.

Vergleichsdimension Input	Erläuterungen
Sparorientiert	Die Teilnehmer sollen Vorschläge einbringen und/oder kommentieren, die vorwiegend Sparmaßnahmen oder Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Einnahmesituation beinhalten. Primäres Ziel bzw. Zweck des Bürgerhaushaltes ist es, zur kommunalen Haushaltskonsolidierung beizutragen. Im Rahmen des Bürgerhaushaltes werden daher besonders Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung gesucht.
Ausgabenorientiert	Die Teilnehmer sollen vorwiegend Vorschläge für Investitionsmaßnahmen (z.B. Neubau eines Schwimmbades o.ä.) einbringen und/oder kommentieren. Ziel bzw. Zweck des Bürgerhaushaltes ist es, zukünftige Ausgaben im kommunalen Haushalt zu ermitteln. Im Rahmen des Bürgerhaushaltes werden daher besonders Vorschläge für zukünftige kommunale Ausgaben gesucht.
Offen (Spar- und Ausgabenvorschläge möglich)	Jegliche Mischung aus „sparorientiert“ und „ausgabenorientiert“. Mögliche Mischformen sind z. B.: „eher sparorientiert“, wenn besonders Sparvorschläge gesucht werden, aber auch Vorschläge für Investitionsmaßnahmen im weiteren Verfahren, bspw. bei der Aufstellung einer Bestenliste, berücksichtigt werden; „eher ausgabenorientiert“, wenn besonders Investitionsmaßnahmen ermittelt werden sollen, aber auch Sparvorschläge im weiteren Verfahren, bspw. bei der Aufstellung einer Bestenliste, berücksichtigt werden

Vergleichsdimension Beteiligungsart	Erläuterungen
Vorschlagsbasiert	Die Teilnehmer haben die Möglichkeit im Rahmen des Bürgerhaushaltes eigene Vorschläge einzubringen sowie diese zu kommentieren und/oder zu bewerten. Der Rat entscheidet selbstständig über die Vorschläge.
Feedbackorientiert	Die Verwaltung sucht im Rahmen des Bürgerhaushaltes Feedback von den Teilnehmern zum kommunalen Haushalt. Die Teilnehmer können <u>keine</u> eigenen Vorschläge in den Bürgerhaushalt einbringen. Die Teilnehmer können bspw. Vorschläge der Verwaltung kommentieren und/oder bewerten. Die Teilnehmer können an einer Umfrage der Verwaltung teilnehmen, die bspw. die Präferenzen der Bürger für bestimmte kommunale Aufgabenfelder abfragt.

Entscheidungsorientiert	Die Teilnehmer sollen im Rahmen des Bürgerhaushaltes eine Entscheidung über den kommunalen Haushalt oder bestimmte Teile des kommunalen Haushalts treffen oder konkret vorbereiten. Der Rat hat sich dazu verpflichtet, diese Entscheidung formal zu beschließen und die Verwaltung mit der Umsetzung zu beauftragen. Im Ergebnis treten die Teilnehmer im Bürgerhaushalt de facto als Entscheidungsgremium auf. Die Rolle des Rates beschränkt sich in diesem Fall auf die Umsetzung der durch die Teilnehmer des Bürgerhaushaltes vorbereiteten Entscheidungen in einen Beschluss des Rates ohne vorhergehende materielle Prüfung. Oft geht es hier um die konkrete Verwendung eines Teilbudgets für bestimmte Zwecke (z.B. 10000 Euro für Jugendprojekte).
Andere Mischformen	Jegliche Mischform aus „Vorschlagsbasiert“, „Feedbackorientiert“ und „Entscheidungsorientiert / Budgetorientiert“.
Vorschlagsbasiert & Feedbackorientiert	Es besteht sowohl Möglichkeit selber Vorschläge einzubringen als auch Vorschläge der Verwaltung zu kommentieren bzw. zu bewerten.

Vergleichsdimension Beteiligungskanal	Erläuterungen
Ausschließlich übers Internet	Eine Teilnahme am Bürgerhaushalt ist ausschließlich über das Internet möglich.
Hauptsächlich übers Internet	Der Bürgerhaushalt wird hauptsächlich über das Internet durchgeführt. Ergänzend gibt es jedoch bspw. die Möglichkeit Vorschläge per Post, telefonisch, per SMS, per Fax und/oder persönlich bei der Verwaltung einzureichen bzw. Feedback zu Vorschlägen zu geben.
Ausschließlich vor Ort	Eine Teilnahme am Bürgerhaushalt ist nur persönlich bei Veranstaltungen vor Ort sowie per Post, telefonisch, per SMS und/oder per Fax möglich.
Hauptsächlich vor Ort	Eine Teilnahme am Bürgerhaushalt ist vornehmlich persönlich bei Veranstaltungen vor Ort, per Post, telefonisch, per SMS oder per Fax möglich. Ergänzend gibt es bspw. die Möglichkeit Vorschläge per E-Mail einzureichen. Eine Online-Beteiligungsplattform für den Bürgerhaushalt gibt es nicht
Komplexes medienübergreifendes Verfahren	Eine Teilnahme am Bürgerhaushalt ist sowohl über das Internet aber auch per Post, telefonisch, per SMS, per Fax und bei Veranstaltungen vor Ort möglich. Eine klare Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenkanälen ist aber nicht möglich. Das Verfahren basiert auf einer komplexen Verbindung der verschiedenen Kanäle (vgl. Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg).
Andere	Eine klare Unterscheidung von Haupt- und Nebenkanälen ist nicht erkennbar. Insbesondere fehlt jedoch eine erkennbare Vernetzung der genutzten Kanäle. In diese Kategorie fallen häufig Bürgerhaushalte, die sich noch in der Entwicklung befinden.

Vergleichsdimension Rechenschaftslegung	Erläuterungen
Keine gesonderte	Es findet keine gesonderte Rechenschaftslegung statt. Ggf. wird über Ergebnisse des Bürgerhaushaltes im Zusammenhang mit der Rechenschaftslegung zum regulären kommunalen Haushalt informiert.
Gesammelt	Die Rechenschaftslegung findet gesammelt statt. Dies kann bspw. in einem Dokument erfolgen, das Ratsbeschlüsse und Verwaltungsempfehlungen zu den (bestbewerteten) Vorschlägen erfasst. Verweist ein Link auf der Online-Plattform eines Bürgerhaushaltes bzw. unter einzelnen Vorschlägen auf der Plattform nur auf ein Dokument, das eine gesammelte Rechenschaftslegung beinhaltet, so gilt dies als „Gesammelte Rechenschaftslegung“. Gibt es zusätzlich zur gesammelten Rechenschaftslegung eine detaillierte Rechenschaftslegung (s.u.), gilt dies als „detaillierte Rechenschaftslegung“.

Detailliert	Die Rechenschaftslegung findet bezogen auf einzelne Vorschläge statt. Informationen zu Ratsbeschlüssen, Verwaltungsempfehlungen und ggf. weitere Informationen (z.B. Stellungnahmen der Ratsfraktionen zu einzelnen Vorschlägen) werden bspw. auf der Online-Plattform des Bürgerhaushaltes unter den betreffenden Vorschlägen eingestellt. Hierzu zählt nicht die Verlinkung eines Dokumentes, das eine gesammelte Rechenschaftslegung enthält. Gibt es zusätzlich zur detaillierten Rechenschaftslegung eine gesammelte Rechenschaftslegung (s.o.), gilt dies als „detaillierte Rechenschaftslegung“.)
Detailliert mit Monitoring	Es findet eine detaillierte Rechenschaftslegung statt (s.o.). Zusätzlich sind, bspw. auf der Online-Plattform des Bürgerhaushaltes, regelmäßig aktualisierte Informationen zum Umsetzungsstatus eines Vorschlages einsehbar; z.B. „Maßnahme befindet sich in der Umsetzung“ o.ä. Befindet sich das Verfahren zum Zeitpunkt der Codierung in der Durchführung, sind Verfahrensbeschreibungen oder Rechenschaftsberichte vergangener Verfahren heranzuziehen, um ermitteln zu können, ob eine regelmäßige Rechenschaftslegung vorgesehen ist.

A.2 Übersicht aller Kommunen und mit ihrer aktuellen Statuszuordnung

Status Abstellgleis (A)			
Aachen	Eisenach	Hamburg	Much
Babenhausen	Eislingen/Fils	Hamm	Oldenburg
Bad Honnef	Emsdetten	Hatten	Osnabrück
Bad Oeynhausen	Essen	Hürth	Rheda-Wiedenbrück
Bannewitz	Esslingen am Neckar	Jüterbog	Rödermark
Bischofsheim	Fehmarn	Kassel	Salzgitter
Bitterfeld-Wolfen	Frankfurt am Main	Konstanz	Schwerte
Bochum	Geislingen an der Steige	Leipzig	Solingen
Borchen	Gladbeck	Lüdenscheid	Stolberg
Bottrop	Groß-Umstadt	Lünen	Tübingen
Bruchsal	Gütersloh	Marl	Vlotho
Celle	Hagen	Mettlach	Wenden
			Wiesbaden

Status Beschluss (B)			
Brandenburg an der Havel	Dresden	Elsdorf	Herne
Hille			

Status Diskussion (D)			
Aalen	Freising	Lehrte	Remscheid
Alsfeld	Friedrichshafen	Lengerich	Rheine
Arnsberg	Göppingen	Leverkusen	Riedstadt

Artland (Samtgemeinde)	Görlitz	Lippstadt	Saarbrücken
Baden-Baden	Göttingen	Lörrach	Sankt Augustin
Bayreuth	Greifswald	Ludwigshafen am Rhein	Schmallenberg
Bergheim	Hamelnd	Lüneburg	Schwäbisch Gmünd
Bergisch Gladbach	Hanau	Mainz	Schwarzenbek
Berlin Friedrichshain-Kreuzberg	Hannover	Meerbusch	Schwedt/Oder
Bielefeld	Hattingen	Memmingen	Sindelfingen
Blieskastel	Heilbad Heiligenstadt	Moers	Singen (Hohentwiel)
Borken	Heilbronn	Mönchengladbach	Speyer
Bornheim	Heinsberg	München	Sprockhövel
Brake (Unterweser)	Herford	Neubrandenburg	Stade
Brühl (Rheinland)	Herten	Neumünster	Stralsund
Castrop-Rauxel	Herzogenrath	Neuss	Suhl
Coburg	Hildesheim	Nidderau	Titisee-Neustadt
Cottbus	Hofheim	Nienburg/Weser	Ulm
Diepholz	Iserlohn	Nottuln	Unna
Dinslaken	Kaarst	Nürnberg	Velten
Dorsten	Kaiserslautern	Nürtingen	Viernheim
Düsseldorf	Karlsruhe	Obertshausen	Viersen
Eisenhüttenstadt	Kaufbeuren	Oestrich-Winkel	Wadersloh
Emden	Kehl	Offenburg	Warendorf
Erfstadt	Kerpen	Oranienburg	Weimar
Erlangen	Kiel	Paderborn	Weinheim
Eschweiler	Königswinter	Parchim	Wernigerode
Falkensee	Krefeld	Pforzheim	Wismar
Fellbach	Laer	Pinneberg	Witten
Flörsheim am Main	Lahr/Schwarzwald	Porta Westfalica	Wittenberg, Lutherstadt
Frankenthal (Pfalz)	Landau	Pulheim	Wunstorf
Freiberg	Landshut	Regensburg	Würzburg

Status Vorform (V)

Allstedt	Goslar	Leichlingen	Ratingen
Bad Hersfeld	Großbreitenbach	Lemgo	Reisdorf
Bad Wildungen	Heidelberg	LenneStadt	Rietberg
Bingen	Heiligenhaus	Moosburg	Rüsselsheim
Borkheide	Hennef	Nettetal	Siegburg
Delmenhorst	Ilmenau	Neuwied	Südlohn
Dessau-Roßlau	Ingolstadt	Oberursel (Taunus)	Tönisvorst

Dormagen	Jena	Odenwaldkreis	Uelzen
Dortmund	Kierspe	Plauen	Waldfeucht
Gera	Koblenz	Plettenberg	Wesel
			Zwickau

Status Einführung (E)

Braunschweig	Hasselroth	Mühlheim am Main	Schwalmtal
Büdingen	Henstedt-Ulzburg	Nauheim	Stahnsdorf
Duisburg	Hohen Neuendorf	Netphen	Steinau an der Straße
Fürstenwalde an der Spree	Langenhagen	Neustadt am Rübenberge	Teltow
Gelnhausen	Löhne	Norderstedt	Troisdorf
Gelsenkirchen	Luckenwalde	Pirmasens	Westerkappeln
Halle (Saale)	Maintal	Schmölln	Wuppertal

Status Fortführung (F)

Ahlen	Eberswalde	Mülheim an der Ruhr	Wolgast
Altenberge	Ennepetal	Münster	Worms
Bad Wörlshofen	Erfurt	Potsdam	
Bedburg	Freiburg im Breisgau	Schöneiche	
Beelen (Gemeinde)	Garbsen	Schortens	
Berlin Lichtenberg	Heidenrod	Senftenberg	
Berlin Marzahn-Hellersdorf	Herzebrock-Clarholz	Steinfurt	
Berlin Spandau	Hilden	Strausberg	
Bernau	Köln	Stuttgart	
Blankenfelde-Mahlow	Lampertheim	Taunusstein	
Bonn	Mainhausen	Trier	
Chemnitz	Mayen-Koblenz	Waldshut-Tiengen	
Darmstadt	Monheim am Rhein	Wildeshausen	

Status Kein Status (K)

Albstadt	Erkrath	Leonberg	Schönberg
Alsdorf	Euskirchen	Lingen (Ems)	Schweinfurt
Amberg	Filderstadt	Lübeck	Schwentinental
Ansbach	Flensburg	Ludwigsburg	Schwerin
Aschaffenburg	Forchheim	Magdeburg	Seevetal
Augsburg	Frankfurt (Oder)	Mannheim	Siegen
Aurich	Frechen	Marburg	Soest
Bad Homburg vor der Höhe	Freigericht	Melle	Spiesen-Elversberg
Bad Kreuznach	Fulda	Menden (Sauerland)	Stadt Voerde

Bad Münden	Fürth	Minden	Steinach
Bad Salzuflen	Georgsmarienhütte	Neunkirchen	Stendal
Bad Zwischenahn	Gießen	Neustadt an der Weinstraße	Straubing
Bamberg	Gifhorn	Neu-Ulm	Tornesch
Bautzen	Gotha	Nordhorn	Trebur
Bergkamen	Grevenbroich	Oberhausen	Velbert
Biblis	Gronau (Westf.)	Offenbach am Main	Versmold
Bietigheim-Bissingen	Gummersbach	Offenheim	Villingen-Schwenningen
Böblingen	Halberstadt	Passau	Waiblingen
Bocholt	Heidenheim an der Brenz	Peine	Weiden in der Oberpfalz
Bremerhaven	Hof	Rastatt	Weilerswist
Bünde	Homburg	Ravensburg	Weißenfels
Cuxhaven	Ibbenbüren	Recklinghausen	Werl
Dachau	Ingelheim	Reutlingen	Wertheim
Detmold	Itzehoe	Rheinstetten	Westerstede
Dreieich	Jever	Rodgau	Wetzlar
Dülmen	Kamen	Roetgen	Wilhelmshaven
Düren	Kempton (Allgäu)	Rosenheim	Willich
Eichenau	Kirchanschöning	Rostock	Wolfenbüttel
Eixen	Kleve	Rottenburg am Neckar	Wölfersheim
Ellwangen	Kornwestheim	Rudolstadt	Wolfhagen
Elmshorn	Kyritz	Saarlouis	Wolfsburg
Elsfleth	Laatzen	Schlangen	Worpswede
Erkelenz	Langenfeld (Rheinland)	Schlüchtern	